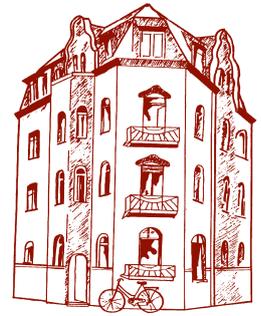


MIETER HELFEN MIETERN

Frankfurt e.V.



An die
Lokalredaktion

Große Friedberger Straße 16-20
60313 Frankfurt am Main
Tel.: (069) 28 35 48
Fax: (069) 29 63 30
post@mhm-ffm.de
www.mhm-ffm.de

8.07.2003

U-Bahn-Bürgerbegehren im Endspurt auf der Hauptwache Informationsstand am 28.07.03 von 11.00 Uhr – 17.00 Uhr

Der Mieterverein Mieter helfen Mietern e.V. und attac-deutschland geben den Frankfurterinnen und Frankfurtern am 28.07.03 auf der Zeil (Hauptwache vor Kaufhof) von 10.00 – 18.00 Uhr die Möglichkeit ihre Unterschrift bzw. Unterschriftenlisten für den Bürgerentscheid persönlich und innerhalb der Abgabefrist abzugeben. Bei attac-deutschland, Münchner Str. 48 am Hauptbahnhof können zusätzlich bis 21.00 Uhr Unterschriften und Listen abgegeben werden

Wer das Bürgerbegehren unterstützt macht einen Bürgerentscheid möglich, bei dem alle zur Kommunalwahl wahlberechtigten Frankfurterinnen und Frankfurter, über die Zukunft des Frankfurter U-Bahn- und Strassenbahnnetzes entscheiden dürfen.

Deshalb können alle Personen, die ihren ersten Wohnsitz in Frankfurt haben, 18 Jahre alt sind, die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen oder Staatsbürger eines EU-Landes (Italien, Spanien, Griechenland, Frankreich, Grossbritannien, etc) sind für das Bürgerbegehren unterschreiben. Laut § 8 b HGO müssen jedoch mindestens 10 % der Wahlberechtigten, d.h. ca. beglaubigte 39.000 Unterschriften von kommunalwahlberechtigten Frankfurterinnen und Frankfurtern bis zum Abgabetermin gesammelt worden sein.

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner unterstützen mit ihrer Unterschrift die Forderung vieler Frankfurter Gruppen, Vereine, Parteien und Einzelpersonen die Geheimverträge zum „U-Bahn-Verkauf“ aus den Hinterzimmern an das Tageslicht zu bringen. Erst dann können alle Frankfurterinnen und Frankfurter eine ergebnisoffene Entscheidung zu der grenzüberschreitende Verpachtung geplanten (Cross-Border-Deal) in einer „Wahl“ (Bürgerentscheid) treffen.

Der Bürgerentscheid kann ein Korrektiv zu einer kurzatmigen und undurchsichtigen Stadtpolitik werden. Wenn die Römerparteien Vertrauen der Bürgerschaft einfordern, dann ist ihnen zu antworten, dass sie Vertrauen in die Mündigkeit der Wählerinnen und Wähler setzen sollten. CDU/FDP/Römergrüne können in einem „Wahlkampf“ zum Bürgerentscheid mit ihren Argumenten für das Cross-Border-Leasing werben und vielleicht verlorenes Vertrauen zurück gewinnen. Das ist ein fairer „Deal“, der die demokratischen Institutionen und die Stadtgesellschaft insgesamt stärkt.

Jürgen Lutz